

# Public Health Infos

<https://doi.org/10.1515/pubhef-2019-0001>

## Tagungen

### 69. Wissenschaftlicher Kongress des BVÖGD und des BZÖG

**„Der Öffentliche Gesundheitsdienst –Mitten in der Gesellschaft“**

04.-06.04.2019  
Kassel

Veranstalter: Landesverband Hessen der Ärzte und Zahnärzte des ÖGD e.V., Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. (BVÖGD), Bundesverband der Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. (BZÖG), in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Hygiene, Umweltmedizin und Präventivmedizin (GHUP)

Der BVÖGD führt jährlich einen wissenschaftlichen Kongress zur Öffentlichen Gesundheit durch, an dem ca. 600 bis 900 Ärztinnen und Ärzte teilnehmen. Der Kongress setzt sich unter wechselnden Tagungsschwerpunkten mit den Themen Gutachtenwesen, Prävention, Infektionsschutz, Kinder- und Jugendgesundheit, Psychiatrie, Umweltmedizin und Zahnmedizin auseinander. Unter dem Leitthema „Der Öffentliche Gesundheitsdienst – Mitten in der Gesellschaft“ steht 2019 die Prävention unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des ÖGD in der Umsetzung des Präventionsgesetzes im Mittelpunkt. Informationen zum Programm und zur Anmeldung werden auf der Webseite [www.bvoegd-kongress.de](http://www.bvoegd-kongress.de) bereitgestellt.

### 24. Deutsche Präventionstag

**„Prävention und Demokratieförderung“**

20.-21.05.2019  
Berlin

Veranstalter: Deutscher Präventionstag gemeinnützige Gesellschaft mbH(DPT), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Der Deutsche Präventionstag wurde für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention gegründet mit dem Ziel, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken. Neben der Kriminalprävention reicht das Spektrum des Kongresses von der Suchtprävention, der Verkehrsprävention bis hin zu den verschiedenen Präventionsbereichen im Gesundheitswesen. Schwerpunkt des 24. Deutschen Präventionstags ist Prävention und Demokratieförderung. Demokratie setzt die Rahmenbedingungen für präventives Handeln. Sie ist sowohl die Basis wie auch der Motor von Prävention. Im Bereich der Prävention von Gewalt und Radikalisierung ist die Förderung von Demokratie zudem ein zentrales Mittel. Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung sind auf der Webseite [www.praeventionstag.de/nano.cms/jahreskongress](http://www.praeventionstag.de/nano.cms/jahreskongress) zu finden.

### Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit 2019

**„Gesundheitspolitik, Gesundheitsversorgung, Gesundheitsberufe in Zeiten des digitalen Wandels“**

21.-23.05.2019  
Berlin

Veranstalter: WISO S.E. Consulting GmbH

Der digitale Fortschritt ermöglicht theoretisch Verbesserungen und Qualitätssteigerungen in der Gesundheitsversorgung: die Entschlüsselung genetischer Krankheitsursachen, den Zuschnitt von Therapien auf das Genom einzelner Individuen, die Reduzierung tödlicher Krankheiten auf chronische Leiden. An der Umsetzung fehlt es noch: die elektronische Patientenakte wird noch entwickelt, die gesetzlichen Rahmenbedingungen, technische Standards und auch die Anpassung der entsprechenden Berufsbilder in Medizin und Pflege stehen noch nicht fest. Auf dem Hauptstadtkongress 2019 werden Vertreterinnen und Vertreter aus der Gesundheitspolitik gemäß dem Tagungsmotto „Gesundheitspolitik, Gesundheitsversorgung, Gesundheitsberufe in den Zeiten des digitalen Wandels“ dazu diskutieren. Die Webseite [www.hauptstadtkongress.de](http://www.hauptstadtkongress.de) informiert über Programm und Anmeldung.

## Zi-Congress Versorgungsforschung 2019

### „Wie werden wir besser? Globales Lernen und regionales Handeln in der Versorgungsforschung“

05.-06.06.2019

Berlin

Veranstalter: Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland (ZI), in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften e.V. (AWMF), Deutsches Netzwerk Versorgungsforschung e.V., und Technologie- und Methodenplattform für die vernetzte medizinische Forschung e.V. (TMF)

Unter dem Namen „Zi-Congress“ soll eine dauerhafte Veranstaltungsreihe etabliert werden, die alle zwei Jahre durchgeführt wird. So findet der Kongress nach 2015 und 2017 nun zum dritten Mal statt. Regionale Besonderheiten und demografische Veränderungen haben Einfluss auf die medizinische Versorgung, das Patientenverhalten und das Leistungsspektrum der Ärzte. Vor diesem Hintergrund bringt der Zi-Congress Expertinnen und Experten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Ärztinnen und Ärzte sowie Vertretungen der Selbstverwaltungsorgane und Gesundheitspolitiker zusammen. Im Vordergrund steht dabei das Ziel, die Zukunft der Versorgung nachhaltig und sicher zu gestalten. Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch mit Simultanübersetzung. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf der Webseite: [www.zi-congress.de](http://www.zi-congress.de)

## Related Links

Die Koordinierungsbehörde der Vereinten Nationen für das internationale öffentliche Gesundheitswesen ist die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die Homepage der WHO verzeichnet Kapitel zu unterschiedlichen Gesundheitsthemen u.a. auch zu Gewalt, zu gesundheitsrelevanten Informationen über einzelne Regionen, sowie zu aktuellen Nachrichten. Auf der Webseite [www.who.int/violence\\_injury\\_prevention/violence/en](http://www.who.int/violence_injury_prevention/violence/en) sind einleitende Fakten zur Gewaltprävention dargestellt, außerdem finden sich Informationen und Verlinkungen auf Kindesmissbrauch, Gewalt gegen Kinder, Jugendgewalt, Gewalt durch Beziehungspartner, Gewalt gegen Senioren, Gewalt in Krankenhäusern und Autoaggression. Dies wird ergänzt um eine Liste von Publikationen und Quellen zum Thema und Verlinkungen zu Kampagnen und Kooperationen: u.a. auf die Violence Prevention Alliance (VPA, [www.who.int/violenceprevention/en/](http://www.who.int/violenceprevention/en/)). Die VPA ist ein

internationales Netzwerk der WHO gegen Gewalt von Regierungs-, Nicht-Regierungs- und privaten Organisationen auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene mit dem Zweck, Gewaltprävention voran zu treiben und die Opferversorgung zu verbessern.

Der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) ist ein eigenständiges Beratungsorgan der Landesregierung sowie örtlicher Gremien und hat das Ziel, Kommunen bei ihrer Kriminalpräventionsarbeit zu unterstützen, miteinander zu vernetzen und die Haltung der gesamtgesellschaftlichen Prävention zu fördern. Der LPR verlinkt unter [www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/praevention-slinks](http://www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/praevention-slinks) zu weiteren Landespräventionsgremien. Außerdem werden Informationen und Verlinkungen bereitgestellt zu Tagungen, Publikationen und Datenbanken. Die Grüne Liste Prävention ([www.gruene-liste-praevention.de](http://www.gruene-liste-praevention.de)) ist eine Online-Datenbank für empfehlenswerte Präventionsprogramme, die vor allem entwickelt wurde für Anwenderinnen und Anwender der Methode „Communities That Care“ (CTC). CTC wurde entwickelt, um in Kommunen, Gemeinden und Stadtteilen die Rahmenbedingungen für ein sicheres und gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Mit dieser Methode kann problematischem Verhalten, wie Jugendgewalt, Kriminalität, Alkohol- und Drogenmissbrauch, frühzeitigem Schulabbruch, Teenager-Schwangerschaften, sowie Depressionen und Ängsten entgegen gesteuert werden, bevor es auftritt („Prävention“). Die Grüne Liste Prävention sammelt Programme, die zum Ziel haben, der Gewalt, der Kriminalität, dem Suchtverhalten und anderen Problemverhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen vorzubeugen. Diese Programme sind in Bereichen wie der Eltern- und Familienbildung, der Kompetenzförderung bei Kindern und Jugendlichen, in der Kindertagesstätte und der Schule oder im sozialen Umfeld der Nachbarschaft angesiedelt. Im internationalen Vergleich liegen in Deutschland nur wenige hochwertige Evaluationsstudien vor, die zeigen, welche Programme tatsächlich wirksam sind. Die vorliegende Datenbank bietet auf der Basis nachvollziehbarer Kriterien einen Überblick über empfehlenswerte Präventionsansätze in den Bereichen Familie, Schule, Kinder/Jugendliche und Nachbarschaft.

**Informationen zum Thema sexueller Missbrauch** werden im Internet u. a. auf folgenden Webseiten zur Verfügung gestellt:

Vom Arbeitsstab des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs wird die Seite [www.beauftragter-missbrauch.de](http://www.beauftragter-missbrauch.de) herausgegeben. Sie bietet Informationen zur Prävention, zu Hilfsangeboten

und zur Aufarbeitung, zum Betroffenenrat und zum rechtlichen Hintergrund an. Auch die bundesweite Initiative „Trau dich!“ ist Teil der Strategie der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung. Sie setzt die Ergebnisse des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch und Empfehlungen des Abschlussberichtes der Geschäftsstelle des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Missbrauchs“ um. Der Fokus der Initiative liegt auf Information, Stärkung und Förderung von Kindern. Die vier Bausteine der Initiative – eine interaktive und multimediale Theateraufführung, die Unterstützung von Fachkräften und Eltern auch durch die Sub Domain [www.multiplikatoren.traudich.de](http://www.multiplikatoren.traudich.de), das Online-Portal [www.trau-dich.de](http://www.trau-dich.de) sowie begleitende Broschüren – sind eng miteinander verbunden. Auf Grundlage der Kooperation mit Bildungseinrichtungen und Partnern auf kommunaler und Landesebene werden Präventionsmaßnahmen insbesondere in der Schule umgesetzt. Durch die Einbindung der zuständigen Landesministerien und aller Akteure wie Schul-, Jugend- oder Gesundheitsamt, den allgemeinen und spezialisierten Beratungsstellen kann eine flächendeckende und dauerhafte Verankerung gewährleistet werden. Auf diesem Wege trägt „Trau dich!“ gleichzeitig zu einer Sensibilisierung der Gesellschaft und Versachlichung der Gesamthematik bei.

In der **Gesundheitsversorgung Tätige** erhalten im Internet Informationen und Hilfestellung zum Thema Gewalt u. a. auf folgenden Seiten:

„Befund: Gewalt“ ist ein Kooperationsprojekt einer Arbeitsgruppe des Public Health Zentrums der Hochschule Fulda und des Instituts für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf. Die Webseite [www.befund-gewalt.de](http://www.befund-gewalt.de) richtet sich an in der Gesundheitsversorgung Tätige, die mit Menschen konfrontiert sind, die möglicherweise Opfer von Gewalt sein könnten. Die Seite versteht sich als Online-Hilfe für das Erkennen und die gerichtsverwertbare Dokumentation von (körperlichen) Folgen von Gewalt, sie bietet Zugang zu relevanten Informationen und Detailwissen. Die Seite bietet Hilfestellung von der ersten Ansprache von Verdachtsmomenten, über Beratungsstellen und den weiteren Verlauf bei möglichen Ermittlungsverfahren. Es werden Dokumentationsbögen und Formulierungshilfen zur Verfügung gestellt.

Im S.I.G.N.A.L. e.V. (Intervention im Gesundheitsbereich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt) arbeiten Mitarbeitende der Gesundheitsversorgung und der Zufluchts- und Beratungsarbeit zusammen. Sie engagieren sich für die Beachtung von Gewalterfahrungen in der gesundheitlichen Versorgung. Denn Einrichtungen der Gesundheitsversorgung haben Chancen für Prävention und Intervention. Sie

können Betroffene frühzeitig erreichen und Gewalterfahrungen in einem vertraulichen Rahmen ansprechen. Die Gesundheitsversorgung kann Schnittstelle in das Hilfesystem sein und es können konkrete Versorgungsangebote unterbreitet werden. Die Seite [www.signal-intervention.de](http://www.signal-intervention.de) informiert über die Arbeit des Vereins, der sich als Koordinierungs- und Interventionsstelle versteht, der Kooperationspartner für Forschungs- und Praxisprojekte ist, Forschung und Lehre anbietet und Öffentlichkeitsarbeit betreibt.

Für von Gewalt betroffene Menschen gibt es eine Vielzahl von **Hilfsangeboten im Internet**. Dazu gehören u.a.:

Der bundesweit tätige Opferhilfeverein „Der Weiße Ring“ bietet für Menschen, die Opfer von Kriminalität und Gewalt geworden sind, das Opfer-Telefon, eine Online-Beratung und Beratung vor Ort an. Die Seite [www.weisser-ring.de](http://www.weisser-ring.de) bietet einen thematischen Schnelleinstieg in die Themenfelder Hilfe bei Cybermobbing, nach Vergewaltigung, nach Taschendiebstahl und nach Wohnungseinbruch, nach häuslicher Gewalt, bei Stalking und Informationen zur Opferentschädigung an.

Vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben wird „Das Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen – Unterstützung für Frauen in Not“ angeboten. Es ergänzt das regionale Unterstützungssystem für gewaltbetroffene Frauen, zu dem Frauenhäuser ebenso wie Fachberatungs- und Interventionsstellen zählen. Die Seite [www.hilfetelefon.de](http://www.hilfetelefon.de) bietet neben Informationen zum Hilfetelefon auch Informationen zu verschiedenen Gewaltformen gegen Frauen. Die Öffentlichkeitsarbeit des Hilfetelefons ist dargestellt und es gibt die Möglichkeit, Informationsmaterialien zu bestellen oder herunter zu laden.

Das Diakonische Werk bietet mit der Seite [www.pflege-in-not.de](http://www.pflege-in-not.de) für pflegende Angehörige, Gepflegte, Pflegepersonal und Pflegeeinrichtungen eine Beratungs- und Beschwerdestelle bei Konflikt und Gewalt in der Pflege älterer Menschen an. Die Seite informiert über das Beratungsteam, Partner und Förderer und verlinkt auf weitere Beratungs- und Beschwerdestellen und auf Interviews und Presseberichte zum Thema.

Der Verein Nummer gegen Kummer e.V. ist die Dachorganisation des kostenfreien Beratungsangebots für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die Seite [www.nummergegenkummer.de](http://www.nummergegenkummer.de) leitet zu den verschiedenen Beratungsangeboten telefonisch und per E-Mail und gibt einen Einblick in belastenden Lebenssituationen.

Das Projekt „was-geht-zu-weit.de“ ist von der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen und der Hochschule Fulda initiiert. Die Homepage [www.was-geht-zu-weit.de](http://www.was-geht-zu-weit.de) informiert junge Menschen rund um das Thema Dating, Liebe, Respekt und Grenzen und liefert dazu Tipps. Sie

bietet einen Überblick über die Anlaufstellen online und offline, die bei Grenzverletzungen und gewalttätigem Verhalten helfen.

## Weiterführende Literatur

- Chappell D, di Martino V. Violence at work. Geneva: Interational Labour Office, Genf, 2006.
- Collins R. Dynamik der Gewalt. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlag, 2011.
- Cupach WR, Spitzberg BH. The dark side of relationship pursuit: from attraction to obsession and stalking. New York: Routledge, 2014.
- Fangerau H, Bagattini A, Fegert JM, Tippelt R, Viehöver W, Ziegenhain U, Hrsg. Präventive Strategien zur Verhinderung sexuellen Missbrauchs in pädagogischen Einrichtungen. Kindeswohl als kollektives Orientierungsmuster? Weinheim Basel: Beltz Juventa, 2017.
- Fawzi N. Cyber-Mobbing. Ursachen und Auswirkungen von Mobbing im Internet. Baden Baden: Nomos Verlag, 2015.
- Fegert JM, Wolff M, Hrsg. Kompendium „Sexueller Mißbrauch in Institutionen“ Entstehungsbedingungen, Prävention und Intervention. Weinheim und Basel Beltz Juventa; 2015; S:15–37.
- Flannery D-J, Vazsonyi A-T, Waldman I-D. The Cambridge handbook of violent behavior and aggression. Cambridge: University Press, 2007.
- Görgen T, Taefi A, Kraus B. Jugendkriminalität und Jugendgewalt: Befunde zu Delinquenz und Prävention (YouPrev). Münster: Deutsche Hochschule der Polizei, 2013.
- Görgen T. „Sicherer Hafen“ oder „gefährvolle Zone“? Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben alter Menschen. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 2010.
- Guzy N, Birkel C, Mischkowitz R. Viktimisierungsbefragungen in Deutschland. Band 1: Ziele, Nutzen und Forschungsstand. Band 2: Methodik und Methodologie. Wiesbaden: BKA, 2015.
- Haab Zehre K, Neuenschwander P, Rondi C, Lienhard S. Evaluation des Gewaltpräventionsprogramms „Peacemaker“. Bericht im Rahmen des nationalen Programms Jugend und Gewalt. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen, 2013.
- Heberle RJ, Grace V. Theorizing sexual violence. New York, London: Routledge. 2010.
- Heitmeyer W, Hagan J, (Hrsg). Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2002.
- Herrmann B, Dettmeyer R, Banaschak S, Thyen U. Kindesmisshandlung. Medizinische Diagnostik, Intervention und rechtliche Grundlagen. Springer-Verlag, Berlin Heidelberg, 3. Aufl., 2016.
- Interational Labour Office, Framework Guidelines for addressing workplace violence in the health sector. Geneva: International Labour Office, 2002.
- Jimerson S-R, Swearer S-M, Espelage D-L. The handbook of bullying in schools: an international perspective. New York: Routledge, 2010.
- Kavemann B, Kreysigg U, (Hg.). Handbuch Kinder und häusliche Gewalt. Wiesbaden. 2013.
- Kavemann B, von Kesteren AG, Rothkegel S, Nagel B. Erinnern, Schweigen und Sprechen nach sexueller Gewalt in der Kindheit: Ergebnisse einer Interviewstudie mit Frauen und Männern, die als Kind sexuelle Gewalt erlebt haben. Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- Kessl F, Lorenz F. Praktiken des Schweigens in pädagogisch-institutionellen Grenzsituationen. In: Magyar-Haas V, Geiss M, Hrsg. Zum Schweigen. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2015: S. 285–306.
- Köpke S, Gerlach A, Möhler R, Haut A, Meyer G. Leitlinie FEM – Evidenzbasierte Praxisleitlinie. Vermeidung von freiheitseinschränkenden Maßnahmen in der beruflichen Altenpflege. Universität Hamburg & Universität Witten/Herdecke University, 2009.
- Mosser P. Wege aus dem Dunkelfeld. Aufdeckung und Hilfesuche bei sexuellem Missbrauch an Jungen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.
- Nägele B, Böhm U, Görgen T, Kotlenga S, Petermann F. Partnergewalt gegen ältere Frauen. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 2011.
- Nau J, Oud N, Walter G. Aggression und Aggressionsmanagement – Praxishandbuch und Gesundheits- und Sozialberufe. Bern: Huber, 2012.
- Ortiz-Müller W, Hrsg. Stalking – das Praxishandbuch: Opferhilfe, Täterintervention, Strafverfolgung. Stuttgart. Kohlhammer, 2017:49–61.
- Retkowski A, Treibel A, Tuider E, Hrsg. Handbuch sexualisierte Gewalt und pädagogische Kontexte Theorie, Forschung, Praxis. Weinheim und Basel: BeltzJuventa, 2018:S. 407–15.
- Sacco S. Häusliche Gewalt Kostenstudie für Deutschland. Gewalt gegen Frauen in (ehemaligen) Partnerschaften. Hamburg: Tredition, 2017.
- Schubert H, Veil K, Spieckermann H, Abels S. Evaluation des Modellprojektes „Communities That Care“ in Niedersachsen: Theoretische Grundlagen und empirische Befunde zur sozialräumlichen Prävention in Netzwerken, Köln: Verlag SRM, 2013.
- Schultze-Krumbholz A, Scheithauer H. Das Medienhelden-Programm zur Prävention von Cybermobbing. In: Krisen im Schulalltag, Stuttgart: Kohlhammer, 2012.
- Voß HG, Hoffmann J, Wondrak I, Herausgeber. Stalking in Deutschland. Aus Sicht der Betroffenen und Verfolger. Baden-Baden: Nomos, 2006.
- Walter G, Nau L, Oud N. Aggression und Aggressionsmanagement – Praxishandbuch für Gesundheits- und Sozialberufe. Bern: Verlag Huber, 2012.
- Wazlawik M, Voß H-J, Retkowski A, Henningsen A, Dekker A. Sexuelle Gewalt in pädagogischen Kontexten. Aktuelle Forschungen und Reflexionen. Wiesbaden: Springer VS, 2018.
- Welsh B-C, Farrington, D-P. The Oxford handbook of crime prevention. New York: Oxford University Press, 2006.
- Wolff M, Schröer W, Fegert JM. Schutzkonzepte in Theorie und Praxis. Ein beteiligungsorientiertes Werkbuch. Weinheim und Basel Beltz Juventa, 2017.

## Bücher

**Klaus Lieb, David Klemperer, Ralf Kölbel, Wolf-Dieter Ludwig. Interessenkonflikte, Korruption und Compliance im Gesundheitswesen. Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, 2018. Paperback, 256 Seiten, ISBN: 978-3-95466-345-3, 59,95 €**

Von allen Akteuren im Gesundheitswesen wird erwartet, dass der gesundheitsbezogene Nutzen für Patientinnen

und Patienten ihr handlungsleitendes Motiv ist, hinter dem alle anderen Interessen – auch die eigenen - zurückstehen haben.

Gleichzeitig werden diese berechtigten Erwartungen der Bevölkerung nicht immer in ausreichendem Maß erfüllt: Vielfältige finanzielle, aber ebenso auch nicht materielle Interessen von Leistungserbringern können mit dem Patientenwohl konkurrieren und die Entscheidungsfindung beeinflussen – und dies häufig ohne, dass es den Betroffenen bewusst wird. Diese Konstellationen ergeben sich nicht selten aus den spezifischen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Nicht nur die in der Versorgung tätigen Akteure des Gesundheitssystems können betroffen sein, sondern ebenso beispielsweise Wissenschaftlerinnen oder Journalisten.

Die Autoren analysieren die zugrunde liegenden Konflikte und ihre Ursachen gründlich und nachvollziehbar. Für unterschiedliche Konstellationen und Berufsgruppen machen sie deutlich, wo Korruptionsrisiken lauern und verdeutlichen an Beispielen, welche Folgen entstehen können. Umsetzbare und kontextadäquate Handlungsempfehlungen helfen, Interessenkonflikte zu erkennen, mit ihnen umzugehen und Korruption zu vermeiden.

Das Buch richtet sich an alle im Gesundheitswesen Tätigen, nicht nur an Personen mit Entscheidungsverantwortung und leitendes Personal. Denn jede und jeder, die oder der im Gesundheitswesen arbeitet, sollte sich in einer ruhigen Minute auch selbstkritisch mit diesem Thema auseinandersetzen.

## Lehre

### Hebammenausbildung soll akademisiert werden

Die Richtlinie zur Anerkennung von Berufsqualifikationen in Europa wurde bereits im Jahr 2013 durch die Richtlinie 2013/55/EU geändert. Für Hebammen und Entbindungspfleger änderte sich damit, dass die Zugangsvoraussetzung zur Hebammenausbildung von einer zehnjährigen allgemeinen Schulausbildung auf eine zwölfjährige allgemeine Schulausbildung angehoben worden sind. Auch wurde der Erwerb wissenschaftlicher Kompetenzen deutlicher betont. Die Regelungen müssen in den Mitgliedsstaaten bis zum 18. Januar 2020 umgesetzt sein.

Lange war unklar, wie die Bundesregierung mit diesen Anforderungen umgehen wird. Während der Berufsverband auf eine Vollakademisierung des Hebammenberufes hoffte, gibt es nach wie vor einige Akteure, die die Anhebung der Ausbildung auf ein Hochschulniveau für nicht

angemessen halten. Im Oktober 2018, quasi in allerletzter Minute, hat Gesundheitsminister Spahn angekündigt, die Ausbildung nach den EU-Vorgaben zu novellieren und als akademische Ausbildung orientiert an einem dualen Studium ausgestalten zu wollen. Wie dies genau erfolgen soll, blieb noch offen.

Gegner\*innen der Akademisierung der Hebammen argumentieren mit der Notwendigkeit einer umfassenden praktischen Ausbildung - nach geltenden Regelungen 3000 Stunden -, der Qualität der dualen Berufsausbildung in Deutschland und dem Fachkräftemangel in der Geburtshilfe. Befürworter\*innen entgegen, dass die Qualität der praktischen Ausbildung in einem dualen Studium keineswegs sinken muss, die Hebammenausbildung ohnehin nicht zum regulären dualen Berufsausbildungssystem gehört und ein Studium den Beruf attraktiver gestalten kann. Gerade in Deutschland könnte ein anderes Argument besondere Bedeutung haben: Hebammen haben Vorbehaltstätigkeiten mit einem hohen Verantwortungsbereich. Dieser Verantwortung können sie nur gerecht werden, wenn Sie die bestmögliche Versorgung aufgrund bestmöglicher Ausbildung bieten können. Bestmögliche Versorgung erfordert, sich regelmäßig darüber auf dem Laufenden zu halten, für welche Maßnahmen auf welchem Grad von Gewissheit welche Nachweise auf Wirksamkeit mit welchen Risiken bestehen (Evidenz). Dafür ist eine wissenschaftliche Ausbildung notwendig. Qualitativ hochwertige Versorgung bedeutet, auf Basis von Evidenz, klinischer Erfahrung und den Präferenzen der betroffenen Frauen und deren Angehörigen zu entscheiden.

Hebammen nehmen über die Begleitung in Geburt und Wochenbett hinaus Public Health relevante Aufgaben z.B. als Familienhebammen, bei der Familienplanung oder in der Schwangerenvorsorge wahr. Zu hoffen ist, dass die Grundlagen von Public Health auch Gegenstand der künftigen Studiengänge sein werden.

Erfahrungen mit einem primärqualifizierenden, ausbildungsintegrierendem Studium der Hebammenkunde im Rahmen der bisher geltenden sog. Modellklausel haben die Hochschulen Bochum, Fulda und Berlin. Andere Standorte bieten bislang primär berufsaufbauende Studiengänge an.

Nähere Informationen: Prof. Dr. Beate Blättner, beate.blaettner@pg.hs-fulda.de

## Gesellschaften

Public Health lebt von der Vernetzung, der Offenheit und der Beteiligung aller. Im Jahr 2017 auf dem Kongress

“Armut & Gesundheit” (A&G) wurde der Fachbereich Studierende (FB Studierende) der Deutschen Gesellschaft für Public Health e.V. (DGPH) gegründet. Derzeit gibt es im FB 96 Studierende. Die feste Verankerung in der Public Health-Community als Stimme aller Public Health-Studierenden in Deutschland ist nur ein Ziel. Des Weiteren ist dem FB die Vernetzung unter Public Health-Studierenden sowie die interdisziplinäre Zusammenarbeit in verschiedenen Projekten sehr wichtig.

Kommende Projekte sind u.a. die Planung und Durchführung des Workshops “Ist das Public Health - oder kann das weg?” sowie eine Posterpräsentation mit dem Titel “Deine Abschlussarbeit verdient ein größeres Publikum als die Schublade!?” auf dem Kongress A&G 2019. Ein studentisches SympHosium “Das Public Health-Studium: aus dem Hörsaal in die Praxis”, das am Vortag vom Kongress A&G 2019 stattfinden wird, ist ebenfalls in Planung. Die Studierenden erhalten dort die Möglichkeit Abschlussarbeiten in einem standortübergreifenden Rahmen vorzustellen sowie durch Keynotespeaker

Einblicke in Karrierewege im Bereich Public Health zu bekommen.

Zusätzlich zu den Projekten haben sich verschiedene Arbeitsgruppen (AG) im Fachbereich gebildet, wie die AG Studierendengesundheit, AG Öffentlichkeitsarbeit, AG Mentoring sowie die AG Homepage.

Der FB arbeitet hauptsächlich digital durch die Nutzung von Online-Tools. Zwei- bis dreimal im Jahr findet ein Fachbereichstreffen statt, um im persönlichen Austausch die Visionen und Projekte des FBs weiter voranzutreiben. Seit dem Momentum der Entstehung hat der FB in kurzer Zeit viel erreicht. Jedoch ist er noch längst nicht am Ziel und strebt daher eine ständige Erweiterung der aktuell vertretenen Studienstandorte sowie Vergrößerung der Community an. Interessierte Studierende sind daher herzlich eingeladen, an der Weiterentwicklung des FBs mitzuwirken.

Kontaktmöglichkeit: Kathrin Poggel & Katharina Klein, Fachbereichssprecherinnen FB Studierende DGPH e.V., [studierende@dg-public-health.de](mailto:studierende@dg-public-health.de)